
Europa Aktuell 9/2020

Frühjahrsprognose der EU-Kommission wenig rosig

Anfang Mai veröffentlichte die EU-Kommission fristgerecht ihre wirtschaftspolitische Frühjahrsprognose. Aufgrund der Coronakrise mussten die Prognosen in den letzten sechs Wochen umfassend überarbeitet werden. Österreich steigt vergleichsweise gut aus, die Kommission rechnet damit, dass bereits 2021 eine Erholung stattfindet und die wirtschaftlichen Einbußen geringer ausfallen als im EU-Durchschnitt.

Die Prognose der Kommission beruht auf der Annahme, dass sich die Wirtschaft langsam aber sicher erholt, die Weiterverbreitung von COVID-19 unter Kontrolle ist sowie die monetär- und fiskalpolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten Unternehmen und Wirtschaft ausreichend stützen konnten. Für [Österreich](#) geht die Kommission von einem BIP-Rückgang von 5,5% in diesem Jahr aus, 2021 soll es wieder um 5% zulegen. Auch die auf 5,75% steigende Arbeitslosigkeit soll sich 2021 bei 5% einpendeln. Erklärt wird dies mit den schnellen Eindämmungsmaßnahmen und der relativ rasch erfolgten graduellen Öffnung der Wirtschaft. Die Unbekannte bei diesen Prognosen ist allerdings die Entwicklung im Tourismus, die zum Zeitpunkt der Studiererstellung nicht vorhergesagt werden kann.

Die Staatsverschuldung wird 2020 auf über 78% des BIP ansteigen und 2021 möglicherweise auf 75% zurückgehen.

Im EU-Durchschnitt rechnet die Kommission mit folgenden Entwicklungen: EU-weit wird mit einem Rückgang des BIP um 7,5% gerechnet, 2021 mit einem Wachstum von 6%. Die Arbeitslosenquote im Euroraum wird in diesem Jahr voraussichtlich auf beinahe 10% steigen und 2021 über dem Niveau von 2019 bleiben, das 7,5% betrug.

Die Langversion, eine sechsseitige Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen sowie die Länderberichte der Frühjahrsprognose finden sich [hier](#).

Coronavirus Response Investment Initiative – Österreich sieht keinen Bedarf

Gelder aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung werden in Österreich nicht in die Stabilisierung des Gesundheitssystems umgeleitet sondern sollen die Wirtschaftsakteure gut über die Krise bringen.

Die finanziellen Möglichkeiten der EU sind mit Ende des gegenwärtigen Finanzrahmens gering. Daher wurde mithilfe [zweier Pakete](#) die Möglichkeit geschaffen, Strukturfondsgelder flexibel in krisenbedingte Maßnahmen umzuleiten und bis zu 100% der Hilfe aus dem EU-Budget zu finanzieren. Dies setzt aber eine Anpassung der operationellen Programme voraus, welchen langfristige Planungen der Mittelverwendung zugrunde liegen. Im Rahmen einer informellen Umfrage innerhalb des europäischen Dachverbands RGRE zeigt sich, dass Gemeindeverbände die neue Flexibilität mit gemischten Gefühlen sehen, da vielerorts EU-Gelder in lokale Infrastrukturinvestitionen fließen und nunmehr wegfallen.

In Österreich entscheidet man sich für einen anderen Weg: Das operationelle Programm wird vorerst nicht angepasst, stattdessen sollen Projektträger schnell mit Liquidität versorgt werden um deren wirtschaftliches Überleben zu begünstigen. Sollte tatsächlich Bedarf an COVID-19 bedingten Umschichtungen bestehen, wird eine Programmanpassung frühestens im Herbst beschlossen. Bund und Länder sind hierzu in ständigem Kontakt.

Aus Gemeindesicht ist es wohl zu begrüßen, dass die EU-Strukturfonds zur Stärkung der regionalen Wirtschaft eingesetzt werden und Fördermittelempfänger weiterhin auf die Gelder zählen können.

<https://www.oerok.gv.at/region/eu-fonds-2014-2020/esi-fonds-portal-oesterreich>

Digitalsteuer: OECD empfiehlt Lehren aus der Krise

Die Verhandlungen über eine mögliche einheitliche Besteuerung digitaler Giganten finden auf OECD-Ebene statt. Die Organisation empfiehlt, Lehren aus der Krise zu ziehen.

Auch die in Paris ansässige OECD befasst sich mit den Auswirkungen der Coronakrise und hat bereits einige Studien und Analysen dazu vorgelegt. Interessant ist etwa die Analyse der steuer- und fiskalpolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten. Steuerstundungen, staatliche Beihilfen und Steuerausfälle in der Zukunft prägen auch in diesem Club der reichen Staaten das Bild. Die Notwendigkeit, Gesundheits- und Sozialsysteme nach der Krise zu stärken, Dienstleistungen von öffentlichem Interesse zu erhalten und KMU zu fördern bedeutet aber auch einen hohen staatlichen Finanzbedarf.

Die OECD empfiehlt daher grundlegende Reformen der Steuersysteme und wirft sowohl Umweltsteuern als auch eine gerechte Besteuerung digitaler Giganten in die Diskussion. Von der Krise haben digitale Unternehmen besonders profitiert, während KMU und Einzelhandel auf Beihilfen angewiesen sind. Die Notwendigkeit zusätzlicher Steuereinnahmen nach der Krise könnte für die weiteren Verhandlungen hilfreich sein.

Die Besteuerung digitaler Giganten wurde von der europäischen auf Ebene der OECD verlagert, Frankreich hat eigene Steuerpläne bis Jahresende ad acta gelegt und drängt auf eine internationale Einigung.

Die G20-Finanzminister werden sich erst nach der Krise weiter damit auseinandersetzen.

https://read.oecd-ilibrary.org/view/?ref=128_128575-o6raktc0aa&title=Tax-and-Fiscal-Policy-in-Response-to-the-Coronavirus-Crisis